

Öffentliche Sitzung

<u>Termin der Sitzung:</u>	03.05.2017
<u>Ort der Sitzung</u>	Schwanseestr. 17, Cafeteria
<u>Beginn der Sitzung:</u>	17.30 Uhr
<u>Ende der Sitzung:</u>	19.30 Uhr

Es sind 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

1. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Tagesordnung in der vorliegenden Form.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	10	0	0

2. Bestätigung der Niederschrift vom 22.03.2017

Frau Harke fragt nach Anmerkungen, Hinweisen und Änderungswünschen zur Niederschrift vom 22.03.2017.

Die Jugendhilfeausschussvorsitzende lässt abstimmen:

<u>Beschluss:</u>	Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Niederschrift vom 22.03.2017.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>	Ja-Stimmen	Enthaltungen	Nein-Stimmen
	10	0	0

3 Ausgabenentwicklung SGB VIII: Hilfen zur Erziehung

Gast: Herr Früh (Amt für Finanzen und Beteiligung)

Frau Harke erläutert, dass die Ausgabenentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung regelmäßiger Bestandteil der Jugendhilfeausschusssitzungen sein soll, um die Entwicklung der Kosten im Blick zu behalten.

Herr Kleine erläutert die unterschiedliche Herangehensweise bei der Erstellung von Prognosen im Fachamt und im Amt für Finanzen und Beteiligung.

Im Fall des Fachamtes werden die Fälle über einen bestimmten Zeitraum hochgerechnet, im Falle des Amtes für Finanzen und Beteiligung wird der Mittelabfluss (bezahlte Rechnungen) betrachtet und die Kosten auf dieser Grundlage prognostiziert.

17.35 Uhr Frau Kießling nimmt an der Sitzung teil, es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Frau Kriependorf stellt die Prognosen vor, Herr Früh erläutert die Sichtweise des Amtes für Finanzen und Beteiligung (siehe Anlage).

17.45 Uhr Frau Günzler nimmt an der Sitzung teil, es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Frau Görg fragt, warum in den IST-Werten 2016 die Soziale Gruppenarbeit nicht im Deckungsring enthalten war.

Frau Kriependorf verweist auf haushaltsrechtliche Bestimmungen.

Herr Albrecht stellt fest, dass sich insgesamt wenig geändert hat.

Herr Faßnacht macht deutlich, dass sich der Unterausschuss Hilfen zur Erziehung ebenfalls mit dem Thema befasst. Auch hier werden die Kosten betrachtet. Bundesweit sind die Kosten und auch die Fälle im Bereich HzE gestiegen. Eine Stagnation ist in dem Fall eine enorme Entwicklung. Er gibt zu bedenken, dass die Bedarfe im Blick behalten werden müssen. Frau Harke verweist darauf, dass eine solche Betrachtung erstmalig angestellt wurde. Im nächsten Jahr hat man ein weiteres Jahr Erfahrungen gesammelt, dann kann eine derartige Prognose noch sicherer bewertet werden.

Frau Harke bedankt sich bei Herrn Früh und bittet darum, Zahlen aus dem Jugendhilfebereich nicht unabgestimmt im Finanzausschuss zu präsentieren. Es muss die Möglichkeit eingeräumt werden, neben der Sichtweise des Amtes für Finanzen und Beteiligung auch die Sichtweise des Amtes 50.00 darzustellen.

Frau Görg verfügt über Informationen, dass die Soziale Gruppenarbeit eingestellt werden soll. Sie fragt, ob diese Informationen richtig sind.

Frau Bauer verweist auf Verhandlungen mit dem Träger, die noch nicht abgeschlossen sind.

Frau Görg bittet um eine Information im Ausschuss.

5. Schulnetzplan

Gast: Herr Zirkel (Sport- und Schulverwaltungsamt)

Herr Zirkel stellt den aktuellen Sachstand der Schulnetzplanung vor (siehe Anlage).

Herr Hottenrott kritisiert, dass Herr Zirkel keine Ausführungen zu Planungen für Schüler mit körperlichen Beeinträchtigungen gemacht hat.

Herr Zirkel antwortet, dass sich in dieser Hinsicht viel getan hat und führt mehrere Beispiele an. Er verweist auf die unterschiedliche Bausubstanz der Schulen und macht deutlich, dass es in Schulen, die unter Denkmalschutz stehen, schwierig ist, entsprechende Maßnahmen zu realisieren. Wenn die Gemeinschaftsschule fertig ist, steht der benannten Zielgruppe das gesamte Spektrum zur Verfügung.

Herr Hottenrott fragt, ob es derzeit möglich ist, dass körperlich beeinträchtigte SchülerInnen ein Gymnasium besuchen können.

Herr Zirkel verweist darauf, dass am Humboldt-Gymnasium ein Aufzug angebaut werden soll.

Herr Fleischer fragt, ob die Schülerzahlen aus dem Landkreis berücksichtigt wurden.

Herr Zirkel antwortet, dass aus dem Landkreis ca. 5 % der Schüler kommen. Im Herbst werden die Planungen für den neuen Schulnetzplan beginnen. Momentan kann die Entwicklung nicht seriös beschrieben werden.

Auf Nachfrage von Frau Merten erläutert Herr Zirkel die Situationen im Bereich der Turnhallen.

Herr Albrecht fragt, ob es zahlenmäßige Schwankungen bei den Schülerzahlen der Landkreisschüler gibt.

Herr Zirkel antwortet, dass die Zahlen rückläufig sind. Insbesondere bei den Gymnasien erfolgt eine Steuerung. Man ist bemüht Reserveplätze zu halten.

Herr Priem macht auf die Kapazitätsgrenzen der Gymnasien aufmerksam und fragt, ob es Bestrebungen der Entlastung gibt.

Herr Zirkel antwortet, dass ein 3-zügiger Betrieb eines Gymnasiums vorteilhaft ist. Dadurch wird ein breites Kursangebot gesichert. Noch besser wäre ein 4-zügiger Betrieb, doch dafür steht in Weimar kein geeignetes Gebäude zur Verfügung.

Herr Ludwig möchte wissen, wie es mit den Schulbezirken der Regelschule weiter geht.

Herr Zirkel antwortet, dass das Thema in der kommenden Schulnetzplanung sein wird.

Frau Harke möchte wissen, ob die Weimarer Schullandschaft künftig gut aufgestellt ist.

Herr Zirkel bejaht die Frage.

5. Sozialberichterstattung der Stadt Weimar

Herr Ermisch skizziert den Stand der Sozialberichterstattung im Rahmen der Präventionskette. Er geht auf die Probleme ein, die sich durch die Erkrankung von Herrn Kolling ergeben haben. Dennoch wurde weiter an dem Bericht gearbeitet. Er stellt ausgewählte Ergebnisse vor (siehe Anhang).

Herr Kleine sagt zu, im nächsten Jugendhilfeausschuss einen detaillierten Zeitplan vorzustellen.

6. Informationen der Verwaltung

- Ergebnis AG Familienamt

Frau Harke erläutert den Arbeitsauftrag der „AG Familienamt“, die sich im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gegründet hat. Ihr gehören Personen aller im Stadtrat vertretenen Fraktionen an. Diese AG hat sich auf ein zweiseitiges Papier verständigt.

Herr Kleine führt aus, dass im bbvl-Gutachten eine Maßnahmenliste mit 100 Punkten enthalten war. Diese Liste war differenziert nach Maßnahmen für den Bereich des SGB VIII, des SGB XII sowie den freiwilligen Leistungen.

Frau Harke macht darauf aufmerksam, dass es viel Kritik am Amt 50.00 und am Jugendhilfeausschuss gab. Beide stehen jedoch nicht konträr zueinander und machen eine gute Arbeit. Manche Punkte aus dem benannten Maßnahmenkatalog sind jedoch nicht umsetzbar. Beispielhaft führt sie Öffnungszeiten für den ASD an.

Die Verwaltung hat in dem Rahmen der AG ihren Standpunkt verdeutlicht, jeder Punkt ist angesprochen worden. Viele Punkte sind realisiert worden, manche Punkte konnten nicht umgesetzt werden. Diese Punkte wurden ausführlich beraten. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat die AG gut zusammengefunden. Sie hofft, dass die Mitglieder der Fraktionen als Multiplikatoren fungieren. Sie sagt zu, das zweiseitige Papier mit an das Protokoll zu geben. Herr Kleine erläutert, dass Frau Bauer und Frau Wiesner die Gelegenheit gegeben wurde, den Fallverlauf darzustellen. So konnte den Fraktionsmitgliedern verdeutlicht werden, was hinter einem Fall im Bereich HzE steht. Aus seiner Sicht sind Einsparungen im großen Stil nicht möglich. Es kommt darauf an, sich organisatorisch gut aufzustellen und sozialraumbegzogen die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Frau Kästner führt aus, dass sie der Arbeitsgruppe angehörte. Ihr ist im Verlauf der Arbeit klar geworden, dass die erwarteten Einspareffekte nicht in dem Umfang erreicht werden können. Sie verweist auf die Pflichtaufgaben des Familienamtes und darauf, dass bestimmte Ereignisse nicht planbar sind.

Frau Harke fasst zusammen, dass der Jugendhilfebereich ein feststehender Posten ist. Schwierigkeiten sieht sie insbesondere im Bereich des SGB XII. Hier werden die Kostensätze nicht durch die Stadt verhandelt, außerdem zeigen die Fallzahlen nach oben.

Herr Faßnacht bemängelt, dass aus dem Ausschuss nicht inhaltlich berichtet wurde. Er macht deutlich, welche Auswirkungen das bbvl-Gutachten hatte. Er führt aus, dass es sich bei der „AG Familienamt“ um eine Arbeitsgruppe handelte, die ohne Mitwirkung der freien Träger agiert hat. Es ist nur legitim, die Arbeitsergebnisse transparent zu machen. Er fragt, ob einer Veröffentlichung etwas entgegensteht.

Herr Kleine antwortet, dass er Rücksprache mit der AG nehmen und klären wird, ob es diesbezüglich ein Problem gesehen wird.

Frau Harke schlägt vor, das Thema mit in den Hauptausschuss zu nehmen.

Frau Harke informiert darüber, dass der Kita-Bedarfsplan im Unterausschuss am 31.05.2017 und am 07.06.2017 im Jugendhilfeausschuss behandelt wird.

<p>7. Sonstiges Fachtag Kinderschutz</p>

Frau Bauer wirbt für die Fachveranstaltung zur Dialogischen Qualitätsentwicklung im Kinderschutz am 10.05.2017.

Ende der Sitzung: 19.30 Uhr

Protokoll: Ralf Ermisch